

Protokoll

der 14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, dem 03. Juli 2007 in der Adolf-Reichwein-Halle

Beginn der Sitzung: 20:05 Uhr
Ende der Sitzung: 21:45 Uhr
Zuhörer: 21

Anwesende Stadtverordnete:

CDU

Förster, Hans-Jürgen
Hafner, Annegret / Vorsitzende
Haupt, Emmi
Horlacher, Peter
Karehnke, Regina
Kuhlmann, Mechthild
Paduch, Harry
Philippbaar, Astrid
Schnabel, Henrik
Schneiderbauer, Johann Baptist
Sommer, Michael

SPD

Launhardt, Dieter
Merz, Irina
Rathjens, Dr., Hans Peter
See, Herbert
Sill, Heinz
Stengel, Christian
Zeidler, Reinhard

FWG

Groetsch, Paul
Lamping, Christian
Moscherosch, Hans-Albert bis 21:30h
Sehr, Günter
Soff, Walter

puR

Launhardt, Cornelia
Schön, Norbert
Wyrwoll, Herbert

FDP

Hoffmann, Volker

Bündnis 90/Die Grünen

Scholz, Peter
Quägber-Zehe, Betina

Die Linke.WASG

Welker, Helge

Nichtanwesende Stadtverordnete:

FDP

Korger, Dr., Lothar

Vom Magistrat waren anwesend:

Bürgermeister Brechtel, Detlef
Erster Stadtrat Götz, Hans
Stadträtin Horlacher, Heike
Stadtrat Diemerling, Michael
Stadtrat Kayacik, Haci
Stadtrat Schöniger, Arndt bis 21:30h
Stadtrat Wenzel, Klaus

Vom Magistrat waren nicht anwesend:

Stadtrat Bickel, Heinrich
Stadtrat Datz, Wolfgang

Schriftführer:

Kraus, Andreas

Protokoll der 14. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 03.07.2007

Die Stadtverordnetenvorsteherin, Annegret Hafner, eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, indem sie alle Anwesenden herzlich begrüßt. Sie weist darauf hin, dass zu der Sitzung mit Ladung vom 26. Juni 2007 ordnungsgemäß form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass mit der Einladung die Tagesordnung zugestellt wurde. Des Weiteren stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Änderungswünsche bezüglich des Protokolls der 13. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich nicht. Es ist somit angenommen.

Aus der Beratung des Ältestenrates wird vorgeschlagen den Tagesordnungspunkt 5 ohne Aussprache abzuhandeln.

Die CDU-Fraktion beantragt gemäß § 21 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2007

Verträge über den Verkauf der Grundstücke an die FB 1 Immobilien GmbH und Co KG

zu erweitern. Hierzu ist es erforderlich, dass zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten zustimmen.

Vor der Abstimmung beantragt die SPD-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung. Diesem Antrag stimmt die Stadtverordnetenversammlung zu. Nach 5 Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	30	30	--	--
Antrag der CDU-Fraktion beschlossen				

Der Antrag wird unter Tagesordnungspunkt 9 auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gesetzt.

Dies wird von den Stadtverordneten so angenommen. Somit steht die Tagesordnung fest.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Kleine Anfragen
3. Ernennung, Verpflichtung, Vereidigung und Amtseinführung eines ehrenamtlichen Stadtrates
4. Aufstellung des Regionalplanes Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplanes
Anhörung und Offenlage gem. § 10, Abs. 3 HLPG und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3, Abs. 1 BauGB der Behörden nach § 4.1 BauGB einschl. der Nachbarkommunen nach § 2, Abs. 2.2 BauGB
5. Bauleitplanung der Stadt Rosbach
4. Änderung des Bebauungsplanes RH/8 „Im Seelhof“
Auswertung der Trägerbeteiligung
6. Bericht über die finanzielle Situation der Stadt Rosbach
7. Städtisches Grund- und Gebäudevermögen
 - Realisierung des Grundsatzbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 03. Juni 2007
 - Aktualisierung der Prioritätenliste
 - Substanzerhaltendes Gebäudemanagement
8. Neuwahl von Schiedspersonen bzw. stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsbezirke Ober-Rosbach, Nieder-Rosbach und Rodheim
9. Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2007
Verträge über den Verkauf der Grundstücke an die FB 1 Immobilien GmbH und Co KG

Zu TOP 1 Mitteilungen

Bürgermeister:

Der Bürgermeister verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen, die dem Protokoll beigefügt sind.

Haupt- und Finanzausschuss:

Herr Launhardt berichtet aus der Sitzung vom 21. Juni 2007.
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Installation von Photovoltaikanlagen / Solaranlagen auf städtischen Gebäuden
- Potentialabschätzung

Städtisches Grund- und Gebäudevermögen
- Realisierung des Grundsatzbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 03. Juni 2003
- Aktualisierung der Prioritätenliste
- Substanzerhaltendes Gebäudemanagement

Umwelt- und Planungsausschuss:

Herr Schneiderbauer berichtet aus der Sitzung vom 19. Juni 2007.
Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

Bauleitplanung
4. Änderung des Bebauungsplanes RH/8 „Im Seelhof“
Auswertung der Trägerbeteiligung

Aufstellung des Regionalplanes Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplanes
Anhörung und Offenlage gem. § 10, Abs. 3 HLPG und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3, Abs. 1 GauGB der Behörden nach § 4.1 BauGB einschl. der Nachbarkommunen nach § 2, Abs. 2.2 BauGB

Zu TOP 2 Kleine Anfragen

Dieser TOP wird nicht protokolliert.

Zu TOP 3	Ernennung, Verpflichtung, Vereidigung und Amtseinführung eines ehrenamtlichen Stadtrates
-----------------	---

Stadtverordnetenvorsteherin Annegret Hafner ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Bürgermeister Brechtel das Wort.

Bürgermeister Detlef Brechtel händigt Wulf Berend Veen die Ernennungsurkunde aus und verliest den Text der Urkunde.

Bevor die Stadtverordnetenvorsteherin die Verpflichtung und Vereidigung des ehrenamtlichen Stadtrates vornimmt, verweist sie noch auf dessen Amtspflichten.

Nunmehr verpflichtet die Stadtverordnetenvorsteherin Wulf Berend Veen per Handschlag auf sein Amt und nimmt den Diensteid ab.

Zu TOP 4	Aufstellung des Regionalplanes Südhessen und des Regionalen Flächennutzungsplanes Anhörung und Offenlage gem. § 10, Abs. 3 HLPG und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3, Abs. 1 BauGB der Behörden nach § 4.1 BauGB einschl. der Nachbarkommunen nach § 2, Abs. 2.2 BauGB
-----------------	--

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorliegenden Regionalplan und Regionalen Flächennutzungsplan 2007 grundsätzlich zu. Lediglich wird für den Bereich des Kleingartengebietes „Am Riedgraben“ eine Vergrößerung der Fläche um 2 ha gefordert. Darüber hinaus kann das derzeit geplante Vorranggebiet Windenergie so toleriert werden aber nur für den Fall, dass es bei der bisherigen Lage, Größe und Ausdehnung im Stadtgebiet bleibt. Sollte eine weitere Verschiebung in Richtung unserer Gemarkung erfolgen wird diese kategorisch abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt weiterhin den Magistrat für die neu in die Diskussion gekommenen Bereiche „An der Entenbach“, „Am Kreppensteg“ sowie für die Altbereiche „Dickmühle“ und „Hessenring“ die Realisierbarkeit in einem neu zu entwickelnden Struktur- und Entwicklungsplan zu überprüfen. Gegebenenfalls ist der Struktur- und Entwicklungsplan der Stadt Rosbach v.d.Höhe anzupassen und in einem weiteren Verfahren an den Planungsverband zur Änderung des Reg/FNP heranzutragen.

Die FWG-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert über den Regionalplan Südhessen weiter zu verhandeln mit dem Ziel, das an der Waldstraße vorgesehene Industriegebiet an die Umgehung Köppern zu verlegen.

Nach einer Diskussion schlägt Herr Heinz Sill von der SPD-Fraktion die Einbindung des Antrages der FWG-Fraktion in den Beschlussvorschlag des Magistrates vor.

Der Antragsteller ist damit einverstanden.

Der Beschlussvorschlag sieht wie folgt aus:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem vorliegenden Regionalplan und Regionalen Flächennutzungsplan 2007 grundsätzlich zu. Lediglich wird für den Bereich des Kleingartengebietes „Am Riedgraben“ eine Vergrößerung der Fläche um 2 ha gefordert. Darüber hinaus kann das derzeit geplante Vorranggebiet Windenergie so toleriert werden aber nur für den Fall, dass es bei der bisherigen Lage, Größe und Ausdehnung im Stadtgebiet bleibt. Sollte eine weitere Verschiebung in Richtung unserer Gemarkung erfolgen wird diese kategorisch abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt weiterhin den Magistrat für die neu in die Diskussion gekommenen Bereiche „An der Entenbach“, „Am Kreppensteg“ sowie für die Altbereiche „Dickmühle“ und „Hessenring“ die Realisierbarkeit in einem neu zu entwickelnden Struktur- und Entwicklungsplan zu überprüfen. Ebenso ist zu prüfen, ob das vorgesehene Gewerbegebiet an der Waldstraße an die Umgehungsstraße Köppern verlegt werden kann. Der Struktur- und Entwicklungsplan der Stadt Rosbach v.d.Höhe ist anzupassen und in einem weiteren Verfahren an den Planungsverband zur Änderung des Reg/FNP heranzutragen.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	--	--	2
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	30	28	--	2
TOP 4 beschlossen				

Zu TOP 5	Bauleitplanung der Stadt Rosbach 4. Änderung des Bebauungsplanes RH/8 „Im Seelhof“ Auswertung der Trägerbeteiligung
-----------------	--

Der Tagesordnungspunkt 5 wird ohne Aussprache abgehandelt.

Beschlussvorschlag des Magistrates:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt die vorgelegten Abwägungsbeschlüsse zur 4. Änderung des Bebauungsplans RH/8 „Im Seelhof“ hinsichtlich der durchgeführten Trägerbeteiligung fest.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	5	5	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	30	30	--	--
TOP 5 beschlossen				

Zu TOP 6	Bericht über die finanzielle Situation der Stadt Rosbach
-----------------	---

Der Bericht wird von Bürgermeister Detlef Brechtel mündlich gegeben und ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu TOP 7	Städtisches Grund- und Gebäudevermögen - Realisierung des Grundsatzbeschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 03. Juni 2007 - Aktualisierung der Prioritätenliste - Substanzerhaltendes Gebäudemanagement
-----------------	---

Beschlussvorschlag des Magistrates:

1. Die Stadt strebt weiterhin grundsätzlich eine Optimierung und wirtschaftliche Verwertung ihres Immobilienbestandes an; der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 03. Juni 2003 wird damit ausdrücklich bestätigt.

Der zur Aufgabenerfüllung benötigte Bestand städtischer Immobilien ist grundsätzlich zu erhalten und langfristig zu sichern.

2. Alle zur derzeitigen Aufgabenerfüllung nicht benötigten Immobilien sind zum Kauf anzubieten.

Den Mietern ist in allen Fällen ein Vorkaufsrecht einzuräumen. Darüber hinaus ist in Einzelfällen dafür Sorge zu tragen, dass bestehende Miet- oder Nutzungsverträge übernommen werden.

3. Es sind ca. 5 Objekte zu vermarkten; darunter können fallen:
 - Gutenbergstraße 11
 - Friedberger Straße 2
 - Friedberger Straße 4
 - Homburger Straße 15
 - Rosbacher Straße 8

 4. Der städtische Immobilienbestand wird weiterhin in Form eines Regiebetriebes innerhalb des kommunalen Haushalts geführt.

Im Rahmen der Einführung der doppelten Rechnungslegung / Budgethaushalt / Kosten- und Leistungsrechnung ist vom Magistrat zu prüfen, welche Aufgaben der Immobilienbewirtschaftung zu einer zentralen Verwaltungseinheit zusammen zu führen sind.

Der Stadtverordnetenversammlung ist zwei Jahre nach Einführung der doppelten Rechnungslegung umfassend Bericht zu erstatten.

 5. Die mit notariellem Kaufvertrag vom 19. Januar 2006 übernommene Schütz GmbH & Co. KG (GmbH und KG) ist aufzulösen.

Das Vermögen ist direkt in einen städtischen Regiebetrieb zu überführen.
-

Die CDU-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1.

Das städtische Grund- und Gebäudevermögen wird ab dem 01.01.2008 in einem Regiebetrieb verwaltet.

 2.

Der Haupt- und Finanzausschuss wird beauftragt, sich vierteljährlich über den Fortgang und jeweils aktuellen Stand der Arbeit des Regiebetriebes berichten zu lassen.

 3.

Der Beschluss vom 03.06.2006 wird aufgehoben.
Der Haupt- und Finanzausschuss erstellt eine Prioritätenliste, welche Liegenschaften im Eigentum der Stadt bleiben solle. Bei den Wohngebäuden ist eine Quote von 50% anzustreben.

 4.

Für den Haushaltsplan 2008 sind bei allen Gebäuden Abschreibungen und Zinsen für das umgesetzte Kapital zu berücksichtigen.
-

Vor der Abstimmung beantragt die SPD-Fraktion eine Sitzungsunterbrechung. Diesem Antrag stimmt die Stadtverordnetenversammlung zu. Nach 5 Minuten wird die Sitzung wieder aufgenommen.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	--	7	--
FWG	4	--	4	--
puR	3	--	3	--
FDP	1	--	1	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	--	1	--
Summe	29	13	16	--
TOP 7 Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt				

Abstimmung über den Beschlussvorschlag des Magistrates:

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	29	29	--	--
TOP 7 beschlossen				

Zu TOP 8	Neuwahl von Schiedspersonen bzw. stellvertretenden Schiedspersonen für die Schiedsgerichtsbezirke Ober-Rosbach, Nieder-Rosbach und Rodheim
-----------------	---

Die Stadtverordnetenversammlung wählt auf Vorschlag der jeweiligen Ortsbeiräte folgende Schiedspersonen:

für den Bezirk Ober-Rosbach:

für das Amt der stellvertretenden Schiedsperson: Frau Helga Wiener

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	3	--	--	3
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	29	26	--	3
TOP 8 Frau Helga Wiener gewählt				

für den Bezirk Nieder-Rosbach:

für das Amt der Schiedsperson: Frau Monika Neumeyer

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	29	29	--	--
TOP 8 Frau Monika Neumeyer gewählt				

für den Bezirk Rodheim:

für das Amt der Schiedsperson: Herrn Horst Matußeck

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	4	4	--	--
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	29	29	--	--
TOP 8 Horst Matußeck gewählt				

Zu TOP 9	Antrag der CDU-Fraktion vom 22.06.2007 Verträge über den Verkauf der Grundstücke an die FB 1 Immobilien GmbH und Co KG
-----------------	---

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

Den Fraktionsvorsitzenden wird vertraulich je eine Kopie der notariell beurkundeten Kaufverträge und städtebaulichen Verträge über den Verkauf der Grundstücke an die FB 1 Immobilien GmbH und Co KG übergeben.

Abstimmungsergebnis	Gesamt	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	11	11	--	--
SPD	7	7	--	--
FWG	4	2	1	1
puR	3	3	--	--
FDP	1	1	--	--
Bündnis 90/Die Grünen	2	2	--	--
Die Linke.WASG	1	1	--	--
Summe	29	27	1	1
TOP 9 Antrag der CDU-Fraktion beschlossen				



Annegret Hafner
Stadtverordnetenvorsteherin



Andreas Kraus
Schriftführer

Mitteilungen
zur Stadtverordnetenversammlung
am 03. Juli 2007

- Nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Oktober 2006 ist der gewerbliche Grundstücksbestand der Stadt zwischen der B 455, der Landesstraße und dem Wohnbaugebiet Feldpreul an die FB1 Immobilien GmbH & Co. KG, Sudeten Landstraße 23 in Gedern zu verkaufen.

Nach Abschluss der notariellen Verträge im Spätherbst des letzten Jahres und Einreichung des Bauantrages im Winter 2007 stellt sich der Verfahrensstand heute wie folgt dar:

- Der beauftragte Projektentwickler hat Mietverträge mit der Betreiberin der Pflegeeinrichtung AGO / Köln sowie mit der REWE Gruppe / Köln abgeschlossen.

Der Mietvertrag mit der Volksbank liegt unterschiftsreif endverhandelt vor und wird aus heutiger Sicht kurzfristig gegengezeichnet.

Für alle drei Mietverträge sind die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Planunterlagen die Basis der vertraglichen Bindungen.

- Der Bauantrag wurde bereits am 20. März 2007 beim Wetteraukreis eingereicht.

Die Feststellung der Planreife nach § 33 BauGB ist ebenfalls beantragt.

Die Bauantragsunterlagen sind zwischenzeitlich vom Kreisbauamt an die Fachabteilungen zur Stellungnahme versandt (Feuerwehr, Gewerbeaufsicht, Stadt Rosbach etc.).

Zurzeit werden das erforderliche Schallschutzgutachten sowie die Lärmprognose erstellt.

Die Baugenehmigung wird vom Projektentwickler Mitte August 2007 erwartet.

- Noch einige Informationen zur Bau- und Planungsvorbereitung:
 - Die Statik- und die Haustechnikplanung werden z. Z. erstellt.
 - Die Ausführungsplanung (fünfzigstel Planung) wird ebenfalls vorbereitet. Für die abschließende Planung müssen die Baugenehmigung und die abgeschlossenen Fachplanungen vorliegen.
 - Die Ausschreibungsunterlagen werden z. Z. erstellt, Erdarbeiten und vorbereitende Arbeiten sollen vor der GU – Vergabe vergeben und ausgeführt werden.
 - Nach Vorlage der Baugenehmigung wird mit einer Bauzeit von 9 – 11 Monaten gerechnet, die Fertigstellung wird damit für September 2008 erwartet.

- Noch eine letzte Mitteilung zum Verfahrens- / Beratungsstand Sporthalle / Sportzentrum Rodheim:

Bekanntlich hatte die SG – Rodheim in einer ersten Besprechung die Verlagerung des Sportplatzes von der Mainzer-Straße an die EKS mit angeregt, diese Überlegung aber unter den Vorbehalt der Zustimmung ihrer Mitgliederversammlung gestellt.

Die Vereinsmitglieder der SG – Rodheim haben sich zwischenzeitlich nahezu einstimmig für eine Verlegung ihrer Sportanlage an die Erich-Kästner-Schule und damit an die künftige Sporthalle ausgesprochen.

Hinsichtlich der Verlagerung des Sportplatzes sowie der künftigen Nutzung des derzeitigen Sportgeländes / Vermarktung als Wohnbaugebiet wurden bereits mit betroffenen Privatgrundstückseigentümern erste Gespräche geführt.

Zurzeit werden Grundstückswerte ermittelt, An- und Verkaufsverhandlungen geführt, so dass sich die städtischen Gremien zeitnah mit dem weiteren Verfahren befassen können.

Rosbach v.d.Höhe, den 03. Juli 2007


Brechtel
Bürgermeister

Bericht des Bürgermeisters und Kämmers
Finanzielle Bilanz der Stadt zum 30. Juni 2007

Informationen zur Stadtverordnetenversammlung am 03. Juli 2007

Einleitung

Seit 2003 wird in Rosbach jeweils zum Ende des 2. Quartals „finanzielle Bilanz“ gezogen, eine aktuelle Beurteilung der Lage der Stadt wird allen Mandatsträgern an die Hand gegeben.

Dieser eigentlich „schon gute Brauch“ wird selbstverständlich auch 2007 beibehalten.

Auch wenn sich die Zeiten der Haushaltskonsolidierung langsam ihrem Ende nähern, darf die finanzielle Situation der Stadt nicht aus den Augen verloren werden.

Neben der Realisierung einzelner Haushaltsansätze, insbesondere der Einkommenssteuer- und Gewerbesteuerereinnahmen sowie der Vermarktung des Grundstücksbestandes, insbesondere im Baugebiet Feldpreul, muss es Aufgabe zur Jahresmitte sein, „einen Blick in die Kasse“ zu werfen, die Creditsituation der Stadt zu beleuchten und sich mit dem aktuellen Kassenkredit auseinander zu setzen.

Zusammenfassung:

1. **Trotz der nach wie vor angespannten Wirtschafts- und Finanzlage werden im Jahr 2007 insgesamt 5.764.000,00 € für Investitionen bereitgestellt. Die Ansätze des Vermögenshaushaltes erhöhen sich im Vergleich zum Haushaltsjahr 2006 um 3.912.800,00 € auf 6.510.000,00 €. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 150,65%.**
2. **Eine Erhöhung des Schuldenstandes wird im Jahr 2007 gänzlich vermieden. Trotz Inanspruchnahme von zwei Investitionsfondsdarlehen in Höhe von 400.000,00 € gelingt es, die Altschulden um 191.000,00 € auf 6.141.280,08 € zu senken. Bereits im Jahr 2006 war es möglich, die Altschulden der Stadt um 401.000,00 € zu reduzieren.**
3. **Auch der schon im Jahre 2006 um 1.511.992,94 € auf 1.053.224,77 € reduzierte Sollfehlbetrag wird – sofern es wie erwartet gelingt, Einbußen bei der Gewerbesteuer aufzufangen – nochmals um 778.400,00 € (73,9%) gesenkt. Der verbleibende Sollfehlbetrag in Höhe von rund 432.000,00 € wird auf der Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung bereits im kommenden Jahr gänzlich abgebaut. Damit wird es der städtischen Haushalts- und Finanzverwaltung gelingen,**
 - **in den Jahren 2006 und 2007 finanzielle Verpflichtungen (Schulden und Defizite) in der Gesamthöhe von 2.725.000,00 Euro zu tilgen**

und

 - **im Jahr 2008 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.**
4. **Allen Unkenrufen zum Trotz wird es gelingen, die prognostizierten Erlöse aus Grundstücksverkäufen im Baugebiet „Feldpreul Nord“ entsprechend den Vorgaben des Haushaltsplanes 2007 zu realisieren. Konkret bedeutet dies, dass der Magistrat in den nächsten Wochen voraussichtlich 29 Grundstücke in einer Gesamtgröße von 13.551 m² veräußern wird. Die Einnahmen werden bei 4.065.300,00 Euro liegen.**

Im Einzelnen:***Verwaltungshaushalt***

Die Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes wird im Wesentlichen von drei Ausgabenblöcken dominiert:

Personalausgaben	4.913.400,00 €
sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Erstattungen von Verwaltungsausgaben	5.105.800,00 €
Kreis- und Schulumlage	5.391.600,00 €

Bei einer Beurteilung zum 30. Juni 2007 muss es unterbleiben, Halbjahreswerte auf das ganze Jahre hochzurechnen (quasi zu verdoppeln), da insbesondere bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben berücksichtigt werden muss, dass unterschiedliche Fälligkeiten / Sonderzahlungen teilweise zum Jahresanfang, teilweise aber auch erst am Jahresende anfallen.

Beispielhaft kann hier auf Versicherungszahlungen (1. Quartal) und die Rechnungsstellung von nahezu allen Unterhaltungsarbeiten (3. und 4. Quartal) verwiesen werden.

Schlüssig beurteilt werden können hierbei lediglich die Personalausgaben sowie die Kreis- und Schulumlage.

Erkannt werden kann aber, dass die Planansätze auskömmlich kalkuliert sind, Einsparungen aber nicht zu erwarten sind.

Von dieser allgemein gültigen Aussage weicht die Kreis- und Schulumlage – im Vergleich zur Haushaltsplanung – ab.

Der Wetteraukreis hat seine Hebesätze für die Kreis- und Schulumlage neu strukturiert.

Alte Hebesätze:

Kreisumlage	46 %
Haushaltskalkulation der Stadt	47 %
Schulumlage	8 %

Neue Hebesätze

Kreisumlage	36,6 %
Schulumlage	17,4 %

Die beiden Hebesätze wurden dem tatsächlichen Ausgabebedarf beim Kreis angepasst.

Erkannt werden kann, dass die Stadt Rosbach bei Haushaltsaufstellung insgesamt mit einem Gesamthebesatz von 55 % gerechnet hat, 1 % kann als „eingespart“ angesehen werden.

Auch nach der nahezu vollständigen konsequenten Umsetzung aller Konsolidierungsmaßnahmen des Programms 2006/2007 wird die sparsame Wirtschaftsführung im Bereich des Verwaltungshaushalts, und hier insbesondere bei den Sachausgaben, beibehalten, die zur Verfügung stehenden Haushaltsansätze wurden so beispielsweise bisher lediglich zu ca. 38 % ausgeschöpft.

Weitere Einsparungen im Bereich der Sachausgaben erscheinen aber nicht mehr sinnvoll, im laufenden Haushaltsjahr müssen insbesondere bei dem nicht unerheblichen Ausgabenblock „Straßenunterhaltung“ deutliche Ausgabensteigerungen – im Vergleich zu den Vorjahren – erfolgen. Die erforderlichen Aufträge wurden auch bereits vergeben.

Die Personalausgaben sind realistisch kalkuliert, d. h. bis zum Jahresende sind weder Einsparungen noch Mehrausgaben zu erwarten.

Im Haushalt 2007 sind für Kontokorrentzinsen 90.000,00 € kalkuliert, angesichts steigender Zinsen sind hier keine nennenswerten Einsparungen zu erzielen.

Zusammenfassend:

Die Ausgabenansätze im Verwaltungshaushalt sind angemessen kalkuliert, mögliche Einsparungen werden nicht zu erwarten sein. Die Kreis- / Schulumlage hingegen lässt Ausgabeeinsparungen in Höhe von ca. 60.000,00 € zu.

Gewerbsteuern / Einkommenssteuern

Nach dem Ergebnis bei den Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2006 in Höhe von 3.980.000,00 € wurde für das Haushaltsjahr 2007 der Ansatz mit 3.950.000,00 € bewusst konservativ kalkuliert, deutliche Steigerungsraten wurden bei Aufstellung des Haushalts nicht erwartet.

Bereits im März / April d. J. wurden die städtischen Gremien über die Gewerbesteuerausfälle, bedingt durch Rückzahlungen alter Jahre an einen Rosbacher Großbetrieb, unterrichtet.

Insgesamt mussten an drei Gewerbesteuerzahler ca. 1,2 Mio. € aus Vorjahren erstattet werden.

Die mit reduzierten Gewerbesteuereinnahmen verbundene gleichzeitige Reduzierung der Gewerbesteuerumlage (22,8 %) in Höhe von ca. 300.000,00 € minimiert aus heutiger Sicht den Einnahmeausfall auf 0,7 – 0,8 Mio. €.

Gleichzeitig kann aber auch mit Nachzahlungen in Höhe von 200.000,00 – 400.000,00 € bis zum Jahresende gerechnet werden.

Wie immer muss darauf verwiesen werden, dass bedingt durch einige wenige Großbetriebe in Rosbach, Gewerbesteueransätze durchaus als „spekulativ“ bezeichnet werden kön-

nen. Die tatsächlichen Gewerbesteuereinnahmen können erst ab November als realisiert betrachtet werden.

Bei der Haushaltsplanung Ende 2006 wurden bei den für 2007 zu erwartenden Einkommenssteueranteilen aktuelle Steuerschätzungen eingearbeitet. Hier wurden keine erheblichen Steigerungsraten erwartet; das gleiche galt für die Gemeindeanteile an der Umsatzsteuer sowie dem Familienlastenausgleich.

Nach vorliegenden Steuerschätzungen des Bundes / Landes vom Mai 2007 kann jetzt ganz erfreulicher Weise mit erheblichen Mehreinnahmen in einer Größenordnung von bis zu 500.000,00 € gerechnet werden.

Auch hier muss darauf verwiesen werden, dass erst am 01. November tatsächlich Bilanz gezogen werden kann (vorliegen der Abrechnung des 3. Quartals 2007).

Zusammenfassend kann davon ausgegangen werden, dass Mehreinnahmen bei den Einkommenssteueranteilen, der Umsatzsteuer sowie dem Familienlastenausgleich aus heutiger Sicht die Verluste bei der Gewerbesteuer ausgleichen.

Sonstige Steuereinnahmen / Gebühreneinnahmen

Zu erwähnen sind hier eigentlich nur die Einnahmeansätze bei der Grundsteuer B sowie die Gebührenhaushalte Abfallbeseitigung und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Zur Jahresmitte kann darauf verwiesen werden, dass mit absoluter Sicherheit im Laufe d. J. die Ansatzenerwartungen realisiert werden.

Mehreinnahmen zeichnen sich nicht ab.

Ausblick Verwaltungshaushalt zum Jahresende

Bis zum 22. Juni des laufenden Jahres wurden von den Einnahmen bereits 5.481.000,00 € realisiert.

Verbesserungen beim Verwaltungshaushalt können bis zum Jahresende voraussichtlich nicht erzielt werden, es ist aber davon auszugehen, dass der prognostizierte Abbau des Sollfehlbetrages erreicht werden kann.

Die deutlichen Mehreinnahmen insbesondere bei der Einkommenssteuer, verbunden mit den Einsparungen bei der Kreis- und Schulumlage sowie den erhöhten Schlüsselzuweisungen sollten die Gewerbesteuerausfälle kompensieren, so dass das verbesserte Ergebnis aus dem Jahresabschluss 2006 in Höhe von ca. 346.000,00 € zum weiteren Abbau des Sollfehlbetrages Verwendung finden kann. Ein Sollfehlbetrag zum Jahresende von unter 500.000,00 € ist damit zu erwarten.

Vermögenshaushalt

Die Finanzierung des Vermögenshaushaltes 2007 erfolgt gemäß der Haushaltsplanung zu nahezu 66 % über Grundstücksverkäufe in prognostizierter Höhe von 4.285.000,00 €.

Weiterhin werden Zuschüsse in Höhe von 353.000,00 €, Zuführungen vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 528.000,00 € und eine Rücklagenentnahme in Höhe von 500.000,00 € erwartet.

Aus heutiger Sicht kann erkannt werden, dass die Zuschüsse bis zum Jahresende vereinbart werden können, die Zuführung vom Verwaltungshaushalt wird in diesen erwirtschaftet und die Mittel für eine Rücklagenentnahme stehen zur Verfügung.

Bis zur Jahresmitte konnten Kaufverträge über ein Volumen in Höhe von 1.474.000,00 € gegengezeichnet werden.

Darüber hinaus kann bereits jetzt darauf verwiesen werden, dass die Vermarktung der Wohnbaugrundstücke im Bereich Feldpreul – allen Unkenrufen zum Trotz – nicht nur ganz hervorragend anläuft, sondern vielmehr die Erwartungen weit übertreffen wird.

So sieht die mittelfristige Finanzplanung eine Vermarktung des Grundstücksbestandes „Feldpreul“ bis Ende 2009 vor.

Diese zeitliche Vorgabe wird weit unterschritten.

Es ist nicht auszuschließen, dass nahezu der gesamte Grundstücksbestand im Neubaugebiet zwischen Adolf-Reichwein-Halle und Bahndamm noch in diesem Jahr der Stadt „aus den Händen gerissen wird“.

Der Verhandlungsstand in Zahlen aus heutiger Sicht:

Einschließlich aller Beiträge fließen aus dem Verkauf der Wohngrundstücke 6.564.300 € in die Kassen der Stadt sowie ihrer Stadtwerke.

Nach entsprechenden – heute noch ausstehenden – Magistratsbeschlüssen werden bis Ende August d. J. Verträge über ein Gesamtvolumen in Höhe von 4.065.300 € abgeschlossen werden können.

Damit vermarkten wir mehr als 60 % des Grundstücksbestandes vor Aufnahme der eigentlich vorgesehenen Werbemaßnahmen – unbestreitbar ein stolzes Ergebnis kommunaler Grundstückspolitik.

Besonders erfreulich hierbei: wir erwarten, dass mehr als die Hälfte aller Einzel- und Doppelhausgrundstücke ins Eigentum ortsansässiger Familien übergeht.

Kassenwirksam werden all diese Verkaufsgeschäfte erst zum Jahresende 2007, teilweise sind Zahlungsziele ins 1. Quartal 2008 zu legen, so dass die Grundstücksgeschäfte den tatsächlichen Kassenbestand der Stadt erst zum Jahreswechsel deutlich verbessern werden.

Realisierung der Investitionsmaßnahmen

Nahezu sämtliche investiven Maßnahmen des Jahres 2007 befinden sich in einem fortgeschrittenen Realisierungsstadium, bereits im Bau, Planungsaufträge wurden vergeben, so dass zum Jahresende hier weitgehend Vollzug zu melden sein wird.

Im Einzelnen:

- der Auftrag zum Bau der Schulsporthalle wird in wenigen Tagen vergeben
- die Erweiterung der Kita Hauptstraße ist seit Monaten abgeschlossen
- die Straßenbaumaßnahme Rodheimer Straße ist abgeschlossen
- die Ortsdurchfahrt K7 Rodheim ist in vollem Gange, Fertigstellung wie geplant im Oktober 2007
- Südumgehung, das Planfeststellungsverfahren steht kurz vor seinem Abschluss, der Grunderwerb wird vorbereitet
- Fertigstellung Baugebiet Nonn, Planungsverfahren läuft, Ausschreibung wird vorbereitet
- Erschließung Baugebiet Feldpreul, Fertigstellung ist für Oktober/November vorgesehen
- Parkplatz Friedhof Ober-Rosbach, das Ausschreibungsverfahren wird gegenwärtig vorbereitet
- Sanierungsmaßnahme Bürgerhaus Rodheim wird vor Herbst abgeschlossen

Kreditaufnahmen

Der Haushalt 2007 sieht Kreditaufnahmen vom Hessischen Investitionsfonds in Höhe von 400.000,00 € vor.

Allgemeine Rücklage

Nach dem Jahresabschluss 2006 stehen in der allgemeinen Rücklage insgesamt Mittel in Höhe von 862.422,42 € zur Verfügung.

Diese Mittel wurden selbstverständlich zur Verstärkung der Liquiditätslage der Kasse herangezogen.

Die rechnerische Mindestrücklage datiert sich auf 390.700,00 €, so dass in der Rücklage 471.700,00 € für investive Maßnahmen des Jahres 2007 zur Verfügung stehen.

Kassenlage

Für die laufenden Kassengeschäfte steht nach der genehmigten Haushaltssatzung ein Kreditrahmen in Höhe von 3,5 Mio. € zur Verfügung.

Rahmenkreditverträge in vorstehender Höhe wurden jeweils über den vollen Betrag mit der Sparkasse Wetterau sowie der Commerzbank geschlossen.

Darüber hinaus wird z. Z. geprüft, in wieweit gleich gelagerte Verträge mit weiteren deutschen Großbanken / Volksbanken sinnvoll erscheinen.

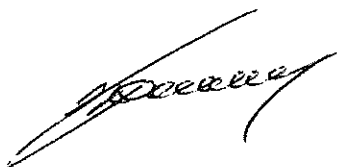
Bereits vor Realisierung der nicht unerheblichen Grundstücksgeschäfte kann zur Jahreshälfte erkannt werden, dass der Kreditrahmen ausreichend gesteckt ist. Das Überziehungsvolumen schwankte in der ersten Jahreshälfte zwischen 400.000 € und 2,7 Mio. €.

Fazit zur Jahresmitte

- Ganz erhebliche Mehreinnahmen bei den Einkommenssteueranteilen der Stadt lassen eine vollständige Kompensierung der zu erwartenden Gewerbesteuerausfälle zu.
- Bei einer summarischen Betrachtung werden die Ausgabeansätze des Verwaltungshaushalts nicht überschritten.
- Damit kann das hervorragende Ergebnis des Jahresabschlusses 2006 zum weiteren Abbau des Sollfehlbetrages in voller Höhe herangezogen werden.
- Die ganz erfreuliche Entwicklung bei der Vermarktung der Wohnbaugrundstücke sowie des Gewerbegrundstücks „Altenpflege / Volksbank / Vollversorger“ stellt wie erwartet die vollständige Finanzierung des Vermögenshaushalts 2007 sicher, so dass alle geplanten Maßnahmen ausnahmslos realisiert werden können.
- Die im Vermögenshaushalt 2007 vorgesehene Entschuldung in Höhe von 191.000,00 € wird bis zum Jahresende in voller Höhe realisiert.
- Weitere Grundstückskaufverträge in der zweiten Jahreshälfte 2007 mit Zahlungsziel Januar/Februar/März 2008 sichern bereits im Spätherbst des laufenden Jahres hohe Einnahmen des Vermögenshaushalt 2008.
- Der geplante Abbau des Sollfehlbetrages wird deutlich zügiger als bisher vorgesehen erreicht werden können.

Es ist nicht auszuschließen, dass bereits im kommenden Jahr erstmals wieder eine „freie Finanzspitze“ vom Verwaltungshaushalt zur Finanzierung investiver Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden kann.

Rosbach v.d.Höhe, den 25. Juni 2007



Brechtel
Bürgermeister